



– Beschlusskammer 4 –

BK4-12-372

Beschluss

In dem Verwaltungsverfahren

auf Grund des Antrags

des Hessischen Baumanagement, Regionalniederlassung Rhein-Main, Gräfstraße 97, 60487 Frankfurt, vertreten durch seinen Direktor,

Antragstellerin,

vom 21.12.2011, wegen der Genehmigung einer Befreiung von den Netzentgelten nach § 19 Abs. 2 S. 2 und 3 StromNEV,

außerdem verfahrensbeteiligt:

die 24/7 Netze GmbH, Luisenring 49, 68159 Mannheim, vertreten durch die Geschäftsführung,

Beteiligte,

hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn,

durch

den Vorsitzenden Dr. Frank-Peter Hansen,

den Beisitzer Rainer Busch und

den Beisitzer Mario Lamoratta

am 30.03.2012

beschlossen:

1. Die Befreiung der Antragstellerin von den Netzentgelten der Beteiligten für die Abnahmestelle Deutscher Wetterdienst, Frankfurter Straße 135, 60037 Offenbach, wird mit Wirkung ab 01.01.2011 unbefristet genehmigt.
2. Der Beteiligten wird aufgegeben, der Beschlusskammer zeitgleich mit der Versendung der Jahresendabrechnung an die Beteiligte eine Kopie der betreffenden Jahresendabrechnung zur Verfügung zu stellen.
3. Der Beteiligten wird aufgegeben, der Beschlusskammer unverzüglich nach Abschluss eines jeden Kalenderjahres einen Nachweis über die gemäß § 19 Abs. 2 S. 6 und 7 StromNEV tatsächlich geltend gemachten Mindererlöse vorzulegen.
4. Die Entscheidung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.
5. Die Antragstellerin hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Für diese Entscheidung wird zu Lasten der Antragstellerin eine Gebühr in Höhe von [REDACTED] festgesetzt.

Gründe

I.

Die Beteiligte betreibt ein Verteilnetz der allgemeinen Versorgung mit Elektrizität in der Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus beliefert sie Letztverbraucher in ihrem Netzgebiet mit Elektrizität. Das Netz der Beteiligten besteht aus Hoch-, Mittel- und Niederspannungsleitungen.

Die für das Jahr 2011 gültigen Netzentgelte der Beteiligten bemessen sich gemäß ihrem Preisblatt 1 „Netzentgelte für Kunden mit Lastgangmessung; Netzgebiet Offenbach“.

Entnahme	Jahresbenutzungsstunden			
	< 2.500 h/a		≥ 2.500 h/a	
	Leistungspreis €/kWa	Arbeitspreis ct/kWh	Leistungspreis €/kWa	Arbeitspreis ct/kWh
Hochspannung (HS)	5,24	1,57	41,17	0,13
Umspannung HS/MS	6,06	1,85	48,97	0,13
Mittelspannung (MS)	9,58	2,48	57,78	0,56
Umspannung MS/NS	10,62	2,68	62,11	0,62
Niederspannung (NS)	10,66	3,66	62,74	1,58

Die Antragstellerin übernimmt die operativen Aufgaben im Bereich des Staatlichen Hochbaus. Der bedeutendste Aufgabenschwerpunkt bei den Baumaßnahmen des Landes ist die Übernahme der Bauherrenfunktion für die Ressorts im „Konzern Hessen“ und in Organleihe für die Bundesrepublik Deutschland. An der betroffenen Abnahmestelle befindet sich die Liegenschaft des Deutschen Wetterdienstes.

Die Antragstellerin bezog aus dem Netz der Beteiligten wie folgt elektrische Energie.

Kalenderjahr	2011
Abnahmestelle	Deutscher Wetterdienst, Frankfurter Straße 135, 60037 Offenbach
Netzebene	████████████████████
Arbeit	████████████████████
Jahreshöchstleistung	██████████
Jahresbenutzungsdauer	██████████

Mit Schreiben vom 21.12.2011 hat die Antragstellerin beantragt,

die Befreiung von den Netzentgelten der Beteiligten mit Wirkung zum 01.01.2011 unbefristet zu genehmigen.

~~-Diese Entscheidung enthält Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse-~~

Der Antrag wurde auf den Internet-Seiten der Bundesnetzagentur sowie in der Ausgabe Nr. 3/2012 des Amtsblatts der Bundesnetzagentur als Mitteilung Nr. 180 veröffentlicht.

Zur Begründung des Antrags führt die Antragstellerin aus, dass die Stromabnahme aus dem Netz der Beteiligten an der Abnahmestelle Deutscher Wetterdienst, Frankfurter Straße 135, 60037 Offenbach, aller Voraussicht nach die Benutzungsstundenzahl von mindestens 7.000 Stunden erreichen und der Stromverbrauch 10 Gigawattstunden pro Jahr übersteigen werde. Mit Schreiben vom [REDACTED] hat die Antragstellerin die Jahresendabrechnung für das Jahr 2011 für die betroffene Abnahmestelle der Bundesnetzagentur übermittelt. Danach habe die Antragstellerin die Genehmigungsvoraussetzungen für das Jahr 2011 erfüllt. [REDACTED]

Dem Bundeskartellamt sowie der nach Landesrecht zuständigen Regulierungsbehörde des Landes Baden-Württemberg wurde jeweils unter dem 22.03.2012 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akte Bezug genommen.

II.

Dem Antrag ist stattzugeben. Er ist zulässig und begründet.

Rechtsgrundlage der Genehmigung ist § 19 Abs. 2 S. 2 und 3 StromNEV in Verbindung mit § 24 S. 1 Nr. 3 EnWG.

1) Formelle Rechtmäßigkeit

a) Zuständigkeit

Die Voraussetzungen für ein Beschlusskammerverfahren gemäß §§ 54 und 59 Abs. 1 EnWG sind erfüllt, denn es handelt sich um eine Entscheidung nach den Regelungen des EnWG bzw. einer auf der Grundlage des EnWG erlassenen Rechtsverordnung, die ein Energieversorgungsunternehmen betrifft, an dessen Verteilnetz über 100.000 Kunden unmittelbar oder mittelbar angeschlossen sind und die infolgedessen nicht in die Zuständigkeit der Landesregulierungsbehörden nach § 54 Abs. 2 EnWG fällt.

b) Beteiligung anderer Behörden

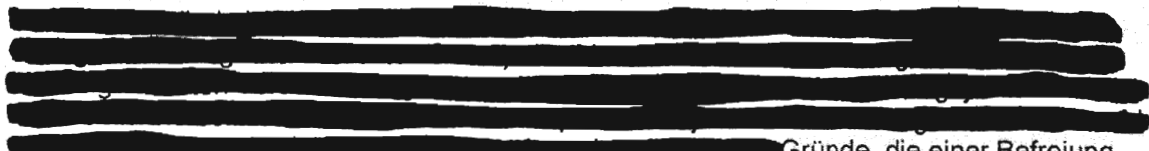
Dem Bundeskartellamt und der zuständigen Landesregulierungsbehörde wurden gemäß § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme eingeräumt.

2) Materielle Rechtmäßigkeit

Die Voraussetzungen für eine Befreiung der Antragstellerin von den Netzentgelten der Beteiligten gemäß § 19 Abs. 2 S. 2 und 3 StromNEV sind erfüllt.

Danach soll ein Letztverbraucher insoweit grundsätzlich von den Netzentgelten befreit werden, sofern seine Stromabnahme aus dem Netz der allgemeinen Versorgung für den eigenen Verbrauch an einer Abnahmestelle die Benutzungsstundenzahl von mindestens 7.000 Stunden erreicht und der Stromverbrauch an dieser Abnahmestelle 10 Gigawattstunden übersteigt.

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass sich § 19 Abs. 2 S. 2 StromNEV nach der eindeutigen Intention des Verordnungsgebers hinsichtlich der Voraussetzungen von 7.000 Benutzungsstunden und 10 GWh trotz des weggefallenen ausdrücklichen Bezugs ebenso wie im Falle des Satzes 1 auch weiterhin jeweils auf ein vollständiges Kalenderjahr beziehen muss. Für das Jahr 2011 folgt daraus, dass die Befreiung das ganze Kalenderjahr umfasst.

 Gründe, die einer Befreiung ausnahmsweise entgegenstehen könnten, sind vorliegend nicht ersichtlich.

3) Gegenstand der Befreiung

Von der Befreiung betroffen ist ausschließlich das vom betroffenen Letztverbraucher zu zahlende eigentliche Netzentgelt, welches sich gemäß § 17 Abs. 2 StromNEV aus dem Jahresleistungsentgelt und dem Arbeitsentgelt zusammensetzt. Die Befreiung umfasst dagegen nicht die gemäß § 17 Abs. 7 StromNEV ferner zu zahlenden Entgelte für den Messstellenbetrieb, die Messung und die Abrechnung. Ebenfalls nicht von der Befreiung umfasst werden ggf. noch neben dem eigentlichen Netzentgelt erhobene Entgelte, z.B. Entgelte für vom betroffenen Letztverbraucher in Anspruch genommene Netzreservekapazitätsleistungen. Ebenfalls nicht erfasst werden sonstige gesetzliche Umlagen, wie etwa EEG-Umlage, KWK-Abgabe oder Konzessionsabgabe. Ebenfalls von der Befreiung nicht umfasst ist der Anteil des Netzentgelts, der im Falle des Betriebs einer Kundenanlage i.S.v. § 3 Nr. 24a EnWG den an die Kundenanlage angeschlossenen Nutzern zuzurechnen ist, es sei denn, bei den Nutzern handelt es sich um mit dem Letztverbraucher verbundene Unternehmen im Sinne des § 15 AktG.

Von der Befreiung erfasst werden dagegen nach Auffassung der Bundesnetzagentur etwaig zu zahlende Entgelte für singular genutzte Betriebsmittel. Dies ergibt sich bereits daraus, dass § 19 Abs. 2 S. 2 StromNEV hinsichtlich des Vorliegens der Befreiungsvoraussetzungen auf den tatsächlichen Verbrauch an der Abnahmestelle abstellt. Die Regelung des § 19 Abs. 3 StromNEV wird hierdurch verdrängt.

4) Verpflichtung zur Vorlage der Jahresendabrechnung

Die Antragstellerin und die Beteiligte werden darauf hingewiesen, dass die Befreiung gemäß § 19 Abs. 2 S. 9 StromNEV unter dem Vorbehalt steht, dass sie nur solange gilt, wie sich das Lastverhalten der Antragstellerin als Letztverbraucher tatsächlich so darstellt, wie prognostiziert und dadurch die Voraussetzungen des § 19 Abs. 2 S. 2 StromNEV erfüllt sind.

Die im Tenor zu 2. enthaltene Auflage, der Beschlusskammer unaufgefordert eine Abschrift der jeweiligen Jahresabschlussrechnung zu überlassen, beruht auf § 36 Abs. 1 VwVfG. Danach dient die Verpflichtung zur Vorlage der Jahresendabrechnung dem Zweck, der Beschlusskammer gemäß § 19 Abs. 2 S. 9 StromNEV die Kontrolle der tatsächlichen Einhaltung der Voraussetzungen des § 19 Abs. 2 S. 2 StromNEV zu ermöglichen. Sie stellt für die Beteiligte auch keine unangemessene Belastung dar.

5) Verpflichtung zum Nachweis der tatsächlich geltend gemachten Mindererlöse

Die im Tenor zu 3. enthaltene Auflage, der Beschlusskammer unverzüglich nach Abschluss eines jeden Kalenderjahres einen Nachweis über die gemäß § 19 Abs. 2 S. 6 und 7 StromNEV

~~Diese Entscheidung enthält Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse~~

tatsächlich geltend gemachten Mindererlöse vorzulegen beruht ebenfalls auf § 36 Abs. 1 VwVfG. Die Nebenbestimmung ist erforderlich, um die Bundesnetzagentur in die Lage zu versetzen, die mit dem vorgesehenen Wälzungsmechanismus verbundenen tatsächliche Kostenverlagerungen auf die Übertragungsnetzbetreiber nach § 19 Abs. 2 S. 6 StromNEV bzw. die tatsächliche Verrechnung der Mindererlöse zwischen den Übertragungsnetzbetreibern nach § 19 Abs. 2 S. 7 StromNEV im Hinblick auf die Ermittlung der Erlösbergrenzen gemäß § 4 ARegV nachvollziehen zu können. Sie stellt für die Beteiligte auch keine unangemessene Belastung dar.

6) Widerrufsvorbehalt

Der im Tenor zu 4. enthaltene Vorbehalt des vollständigen oder teilweisen Widerrufs beruht ebenfalls auf § 36 Abs. 1 VwVfG. Danach darf ein Verwaltungsakt, auf den ein Anspruch besteht, mit einer Nebenbestimmung versehen werden, um sicherzustellen, dass die gesetzlichen Voraussetzungen des Verwaltungsaktes auch tatsächlich erfüllt werden. Wie bereits dargestellt, steht die Befreiung von den Netzentgelten gemäß § 19 Abs. 2 S. 9 StromNEV unter dem gesetzlichen Vorbehalt, dass die Vereinbarung nur solange gilt, wie sich das Lastverhalten des Letztverbrauchers auch tatsächlich so darstellt wie prognostiziert und dadurch die Voraussetzungen des § 19 Abs. 2 S. 2 StromNEV erfüllt sind. Dies bedeutet in Bezug auf die erteilte Genehmigung, dass damit auch diese hinfällig wird und dementsprechend grundsätzlich widerrufen werden müsste. Nach der früheren Verwaltungspraxis, nach der Genehmigungen individueller Netzentgelte nach § 19 Abs. 2 StromNEV grundsätzlich nur befristet für 1 Jahr ausgesprochen wurden, stellte sich die Frage des Widerrufs im Falle der Nichteintritts des prognostizierten Nutzungsverhaltens nur deshalb nicht, weil in diesem Fall die Abrechnungen gemäß § 19 Abs. 2 S. 10 StromNEV nach den allgemein gültigen Entgelten zu erfolgen und sich die Genehmigungen durch Zeitablauf erledigt haben. Im Falle der unbefristeten Genehmigungserteilung wirkt die ursprünglich rechtmäßig erteilte Genehmigung jedoch dagegen trotz des Nichteintritts der tatsächlichen Voraussetzungen auch für die Zukunft fort.

Der Widerrufsvorbehalt ist erforderlich, um der Beschlusskammer in den Fällen, in denen die nach § 19 Absatz 2 S. 2 StromNEV erforderlichen Voraussetzungen für Befreiung von den Netzentgelten in einem in den Genehmigungszeitraum fallenden Abrechnungsjahr entgegen der ursprünglichen Prognose tatsächlich nicht erfüllt worden sind, die Möglichkeit zu geben, die Wirksamkeit der Genehmigung durch eine zukünftige Erklärung ganz oder teilweise mit Wirkung für die Zukunft zu beenden. Danach wäre ein Widerruf etwa dann denkbar, wenn der Letztverbraucher infolge der Stilllegung eines Produktionsteils dauerhaft nicht mehr in der Lage wäre, die vorgegebenen Mindestvoraussetzungen von 7.000 Benutzungsstunden und einem jährlichen Verbrauch von 10 Gigawattstunden zu erfüllen. Von einem Widerruf könnte dagegen abgesehen werden, wenn beispielsweise die Voraussetzungen des § 19 Abs. 2 S. 2 StromNEV lediglich aufgrund von einmalig nicht jährlich auftretenden Ereignissen, wie zeitweiligen Reparaturausfällen von Produktionsanlagen, nicht erreicht werden konnten.

III. Kosten

Die Genehmigung eines individuellen Netzentgeltes gem. § 19 Abs. 2 StromNEV stellt eine gebührenpflichtige Amtshandlung dar (§ 91 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 EnWG i. V. m § 24 Satz 1 Nr. 3 EnWG). Die Gebühr wird auch erhoben, wenn ein Antrag auf Vornahme einer gebührenpflichtigen Amtshandlung abgelehnt wird (§ 91 Abs. 2 S. 1 EnWG).

Die Regulierungsbehörde setzt die Gebührenhöhe nach Maßgabe des Gebührenverzeichnisses fest, welches für die Genehmigung von individuellen Netzentgelten einen Gebührenrahmen von mindestens 500 bis maximal 15.000 Euro vorsieht (§ 2 EnWGKostV i. V. m. Nr. 4.10 der Anlage der EnWGKostV in der Fassung der Verordnung zur Änderung der Energiewirtschaftskostenverordnung vom 10.10.2011, BGBl. I 2084).

Kostenschuldner ist nach § 91 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 EnWG i.V.m. § 13 Abs.1 Nr.1 VwKostG, wer die Amtshandlung veranlasst oder zu wessen Gunsten sie vorgenommen wird. Sofern der Netzbetreiber Antragsteller ist, haftet dieser gemeinsam mit dem Netznutzer als Gesamtschuldner gem. § 13 Abs.2 VwKostG. Im Rahmen des bestehenden Auswahlermessens erscheint es vorliegend als sachgerecht und angemessen, für die Gebühr alleine die Antragstellerin als eigentliche Inhaberin des Anspruchs nach § 19 Abs. 2 S. 2 StromNEV heranzuziehen, da die wirtschaftlichen Auswirkungen ausschließlich ihr zu Gute kommen während in Bezug auf die Beteiligte kein eigenes wirtschaftliches Interesse an der getroffenen Entscheidung erkennbar ist.

Für Genehmigungen von individuellen Netzentgelten nach § 19 Abs. 2 StromNEV berechnet die Bundesnetzagentur die Gebührenhöhe wie folgt: Zu einem Sockelbetrag, dessen Höhe abhängig davon ist, ob der Verwaltungsaufwand gering (Sockelbetrag = 100 Euro), normal (Sockelbetrag = 200 Euro) oder hoch (Sockelbetrag = 400 Euro) war, wird zur Berücksichtigung der wirtschaftliche Bedeutung ein Betrag von 0,1 % der jährlich erzielbaren Entgeltreduzierung addiert. Dabei wird auf die erzielbare Entgeltreduzierung im ersten Jahr der Genehmigung abgestellt und mit der Genehmigungsdauer in Jahren multipliziert, in Anlehnung an den Rechtsgedanken des § 9 der Zivilprozessordnung aber maximal mit drei. Über- oder unterschreitet der so errechnete Betrag den Gebührenrahmen, ist der jeweilige Höchst- oder Mindestbetrag des Gebührenrahmens anzusetzen. Diese Berechnungsmethode berücksichtigt den Verwaltungsaufwand und die wirtschaftlichen Bedeutung im Einzelfall.

Der durch das vorliegende Genehmigungsverfahren verursachte Verwaltungsaufwand stellte sich im Verhältnis zu den anderen Verfahren im Rahmen der Genehmigung individueller Netzentgelte nach § 19 Abs. 2 StromNEV als normal dar. [REDACTED]

[REDACTED] Ausgehend von den seitens der Antragstellerin dargelegten Verbrauchs- und Leistungsdaten und den im ersten Jahr der Genehmigung veröffentlichten allgemeinen Netzentgelten, beläuft sich die in diesem Jahr erzielbare Netzentgeltreduzierung vorliegend auf [REDACTED].

Vorliegend resultiert daraus folgende Gebühr:

Verwaltungsaufwand	Erzielbare Netzentgeltreduzierung	Wirtschaftliche Bedeutung (max. 3 Jahre)	Gebührenhöhe (mind. 500 €)
normal [REDACTED] €	[REDACTED] €	[REDACTED]	[REDACTED] €

In dem vorliegenden Verwaltungsverfahren bestand kein Anlass zur Ermäßigung der Gebühr aus Billigkeitsgründen gemäß § 91 Abs. 3 S. 3 EnWG.

Zahlungshinweise:

Die Gebühr wird mit der Bekanntgabe durch diesen Bescheid fällig. Die Antragstellerin wird gebeten, die Gebühr unter Angabe des Kassenzzeichens 8000 981 00502 bis zum 21.05.2012 auf das Konto der Bundeskasse Trier, Konto-Nr.: 590 010 20 bei der Deutschen Bundesbank Filiale Saarbrücken, BLZ 590 000 00, zu überweisen.

~~-Diese Entscheidung enthält Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse-~~

Rechtsbehelfsbelehrung

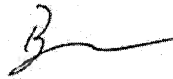
Gegen diesen Beschluss ist die Beschwerde zulässig. Sie ist schriftlich binnen einer mit der Bekanntgabe des Beschlusses beginnenden Frist von einem Monat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn (Postanschrift: Postfach 80 01, 53105 Bonn) einzureichen. Zur Fristwahrung genügt jedoch, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf), eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung enthalten, inwieweit die Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird. Ferner muss sie die Tatsachen und Beweismittel angeben, auf die sich die Beschwerde stützt. Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).



Dr. Frank-Peter Hansen
- Vorsitzender -



Rainer Busch
- Beisitzer -



Mario Lamoratta
- Beisitzer -